



Sitzungsniederschrift

Gremium **Bezirksausschuss Stromberg**
Datum **Dienstag, 03.09.2024**
Beginn **17:30 Uhr**
Ende **20:00 Uhr**
Ort **Alte Vikarie Stromberg, Münsterstraße 37**
59302 Oelde

Vorsitz

Herr Winfried Kaup

Teilnehmende

Herr Josef Becker
Herr Benedikt Diekhans
Herr Alfons Grünebaum
Herr Michael Hütig
Herr Sven Kalläne
Herr Felix Knop
Herr Benito Kohaus
Frau Hiltrud Krause
Frau Editha Laubrock
Herr Bernhard Poppenberg
Herr Ludger Reckmann
Herr Peter Sonneborn
Herr Karl-Josef Strothmeier
Herr Sascha Tiemeyer
Herr Markus Westbrock
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert

in Vertretung für Herrn Björn Berkenkötter

Verwaltung

Herr Reinhold Becker
Herr Christian Griesedieck
Herr André Maas
Herr Albert Reen

Schriftführerin

Frau Andrea Westenhorst

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Herr Björn Berkenkötter

Frau Silvia Brede

Herr Sebastian Kemper

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
1.	Einwohnerfragestunde	4
2.	Bericht über geplante Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unfall-lage Kreuzung Wadersloher Straße K14/Tollstraße/Cöllentrup K55 M 2024/320/5815	5
3.	Schaffung von öffentlichem Parkraum in Oelde und Stromberg – Aufhebung des Sperrvermerkes und Freigabe einer Maßnahme B 2024/661/5842	8
4.	Sachstandsbericht über die Umsetzung von Maßnahmen des Entwicklungskonzeptes Zukunft Stromberg M 2024/011/5836	10
5.	Bericht des Bezirksausschussvorsitzenden	10
6.	Verwendung der Verfügungsmittel	11
7.	Verschiedenes	11
7.1.	Mitteilungen der Verwaltung	11
7.2.	Anfragen an die Verwaltung	15
8.		
8.1.		
8.2.		

Der Vorsitzende Herr Kaup begrüßt die Damen und Herren des Bezirksausschusses Stromberg, die Zuhörerinnen und Zuhörer, Frau Haunhorst von der Tageszeitung „Die Glocke“ sowie die Mitarbeiterin und die Mitarbeiter der Verwaltung.

Er teilt mit, dass Herr Björn Berkenkötter, Frau Silvia Brede und Herr Sebastian Kemper nicht an der Sitzung teilnehmen können. Herr Berkenkötter wird von Frau Editha Laubrock vertreten. Herr Kaup stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist und gegen die ordnungsgemäße Einberufung kein Widerspruch erhoben wird.

Herr André Maas stellt sich den Ausschussmitgliedern als neuer Leiter des Fachdienstes Tiefbau und Umwelt der Stadt Oelde vor und schildert kurz seinen bisherigen Berufsweg.

Dann eröffnet der Vorsitzende die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Herr Sieding weist auf mehrere Stellen im Ort hin, die stark verunkrautet, zugewachsen und ungepflegt seien. Er möchte wissen, warum die Pflegequalität so stark nachgelassen habe. Darüber hinaus erkundigt er sich, warum die Wasserrinne in diesem Jahr gar nicht gelaufen sei.

Herr Reinhold Becker teilt mit, dass sich im ganzen Stadtgebiet Defizite im Bereich Platz- und Grünflächenpflege angehäuft hätten. Die Stadtentwicklung Oelde in den letzten 30 Jahren gehe mit einem baulichen Flächenzuwachs von ca. 350 ha einher. Mit dieser Zunahme von städtischer Infrastruktur seien auch die personellen und maschinellen Anforderungen an den Baubetriebshof enorm gestiegen. Mit dem aktuellen Personalstand ließen sich die Aufgaben nicht zu aller Zufriedenheit leisten. Der nasse Sommer habe darüber hinaus zu einem starken Wachstum der Pflanzen beigetragen. Die Pflegearbeiten könnten nur sukzessive nachgearbeitet werden.

Zur Wasserrinne teilt Herr Reen mit, dass in 2024 aufgrund eines Mitarbeiterwechsels leider versäumt worden sei, die Inbetriebnahme zu veranlassen.

Herr Reckmann bemängelt den langwierigen Ampelbetrieb im Kurvenbereich der Georgskapelle. Über mehrere Wochen sei an der Kapelle nicht gearbeitet worden, zu den Zeiten hätte die Ampel auch außer Betrieb genommen werden können, da diese zu erheblichen Verkehrsbelastungen geführt hätte.

Herr Reen führt aus, dass im Rahmen der Sanierungsarbeiten deutliche Mängel im Dachstuhl festgestellt worden seien, die vor Beginn der Arbeiten nicht feststellbar waren. Aufgrund dessen musste die wesentliche Konstruktion freigelegt werden, um eine Schadenskartierung zu erstellen und die Statik neu berechnen zu lassen. Aufgrund von möglicher Bruch- oder gar Einsturzgefahr habe man sich dagegen entschieden, die Ampellösung auszusetzen. Die Fertigstellung der Maßnahme sei nun für Ende September 2024 geplant.

Beschluss

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt Kenntnis.

2. Bericht über geplante Maßnahmen im Zusammenhang mit der Unfall-lage Kreuzung Wadersloher Straße K14/Tollstraße/Cöllentrup K55 M 2024/320/5815

Herr Griesedieck informiert die Ausschussmitglieder wie folgt:

Im Betrachtungszeitraum vom 01.01.2022 bis zum 11.07.2024 ereigneten sich nach Mitteilung der Kreispolizeibehörde an der Kreuzung Wadersloher Straße K 14 / Tollstraße / Cöllentrup K55 insgesamt fünf polizeilich erfasste Verkehrsunfälle (VU).

1) 25.01.2022: VU der Kategorie 3 – Unfall mit Leichtverletzten

Kollision eines Treckers mit Anhänger und eines Wohnmobils auf der Tollstraße im Begegnungsverkehr.

2) 04.07.2022: VU der Kategorie 2 – Unfall mit Schwerverletzten

Alleinunfall durch Kontrollverlust über das Fahrzeug ausgehend einer Rechtskurve vor der Kreuzung aus Wadersloh kommend.

3) 29.04.2023: VU der Kategorie 4 – Unfall mit schwerwiegendem Sachschaden

Zusammenstoß aufgrund einer Missachtung der Vorfahrtsregelung. Betroffene Straßen und Fahrtrichtungen sind unbekannt.

4) 25.03.2024: VU der Kategorie 2 – Unfall mit Schwerverletzten

Zusammenstoß aufgrund einer Missachtung der Vorfahrtsregelung zwischen zwei Pkw aus der Tollstraße und aus Richtung Wadersloh kommend.

5) 09.07.2024: VU der Kategorie 2 – Unfall mit Schwerverletzten

Zusammenstoß aufgrund einer Missachtung der Vorfahrtsregelung zwischen Pkw und Kradfahrer. Der Kradfahrer ist im weiteren Verlauf verstorben. Ein polizeilicher Unfallbericht liegt noch nicht vor.

Die aufgeführten VU führen nicht dazu, dass der Kreuzungsbereich als ein offizieller Unfallhäufungspunkt (UHS) eingestuft wird, welcher durch die Unfallkommission des Kreises Warendorf bearbeitet würde.

Am 13.08.2024 fand auf Initiative der Stadt Oelde dennoch ein Ortstermin mit Vertreter*innen der zuständigen Straßenverkehrsbehörde, der Kreispolizeibehörde und der zuständigen Straßenbaulastträger statt, um die Örtlichkeit zu analysieren und einvernehmlich geeignete bauliche und/oder verkehrsregelnde sowie rechtskonforme Maßnahmen zu erörtern, um das Unfallrisiko zu minimieren.

Folgende Maßnahmen wurden beschlossen und bereits am 13.08.2024 angeordnet:

- Beschränkung der Geschwindigkeit auf 70 km/h auf der Wadersloher Straße im Kreuzungsbereich.
- Beschränkung der Geschwindigkeit auf 50 km/h auf der Tollstraße im Annäherungsbereich zur Kreuzung.
- Aufstellung eines zweiten Verkehrszeichens 206 StVO (STOP) auf der Tollstraße.
- Herabsetzung des Pfeilwegweisers in Richtung Langenberg auf der Straße Cöllentrup.
- Prüfung und Erneuerung der vorhandenen Markierung aus allen vier Fahrrichtungen.

Die Umsetzung der angeordneten Maßnahmen solle kurzfristig erfolgen. Die Markierungsarbeiten würden durch den Kreis Warendorf im Nachgang der zusätzlichen Beschilderung beauftragt.

Herr Reckmann hält es für sinnvoll, die Tollstraße als reine Anliegerstraße auszuweisen und diese auch aus den Navigationsdiensten löschen zu lassen. Er schlägt vor, an der Stelle einen Kreisverkehr einzurichten.

Herr Sonneborn hält es für äußerst bedrückend, dass sich an der Stelle erst ein tödlicher Unfall geschehen müsse, damit der Kreuzungsbereich als Unfallschwerpunkt identifiziert und straßenverkehrliche Maßnahmen ergriffen werden. Der Bezirksausschuss Stromberg weise schon seit vielen Jahren auf die überaus gefährliche Kreuzung hin und dränge auf entschärfende Maßnahmen. Herr Sonneborn hält es für hilfreicher, wenn die Reduzierung auf Tempo 70 bereits vor Überfahren der Kuppe auf der Wadersloher Straße in Richtung Stromberg angeordnet würde, nicht wenn die Fahrzeuge schon auf der gut einsehbaren Geraden unterwegs seien. Hier ergäben sich auch Gefahren für den Ausfahrverkehr aus der Straße „Im Eskenbusch“.

Herr Griesedieck führt zu den Vorschlägen aus, dass die Verwaltung bei allen Maßnahmen vorrangig an Recht und Gesetz gebunden sei. Entsprechend der Straßenverkehrsordnung dürfe der Verkehr nur beschränkt, aber nicht verboten werden. Obwohl die Tollstraße ein Wirtschaftsweg sei, unterliege sie gleichwohl den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung. Ob eine Umwidmung in eine reine Anliegerstraße möglich sei, werde er verwaltungsintern mit Herrn Reen erörtern.

Herr Reckmann zeigt sich verwundert darüber, aus welchen Gründen dann die Straßen Zur Marburg / Nottbeck / Auf dem Berge in reine Anliegerstraßen umgewandelt worden seien.

Herr Reen blickt in diesem Zusammenhang auf die Diskussionen zur damaligen möglichen Gründung eines Wirtschaftswegeverbandes zurück. Im Rahmen der Beratungen habe er wahrgenommen, dass die Schließung der Tollstraße nicht gewollt war, da der landwirtschaftliche und der überörtliche Verkehr dann vollständig durch den Stromberger Ortskern fließen würde. Herr Sonneborn bestätigt dies und ergänzt, dass die Tollstraße eine sogenannte „Notumgehung des Ortskerns“ sei.

Herr Hütig hält die Einrichtung eines Kreisverkehrs in dem gefährlichen Kreuzungsbereich für eine sinnvolle und zweckdienliche Möglichkeit. Durch reine Anliegerstraßen würden Ortskundige auch weiterhin einfach fahren, damit werde nicht viel erreicht.

Herr Diekhans erwartet massive verkehrliche Probleme im Ortskern Strombergs, wenn die Tollstraße für den Verkehr geschlossen werde und nur noch von den Anliegern genutzt werden dürfe. Schon allein die Übergangssampel an der Georgskapelle habe erhebliche Verkehrsbehinderungen erzeugt.

Herr Wiesch bittet darum, zunächst Verkehrszählungen in der Tollstraße durchzuführen, da sich anhand von Fakten deutlich besser argumentieren ließe.

Herr Grünebaum zieht in diesem Zusammenhang eine Parallele zum neuen Kreisverkehr in der Wiedenbrücker Straße.

Herr Reen teilt abschließend mit, dass die Tollstraße ein Wirtschaftsweg sei und so dem landwirtschaftlichen Verkehr diene und nicht für den durchfließenden Verkehr vorgesehen sei. Gleichwohl würden die vorgetragenen Vorschläge innerhalb der Verwaltung geprüft und die Ergebnisse in der nächsten Sitzung des Bezirksausschusses Stromberg vorgetragen.

Herr Poppenberg kommt auf den Kreuzungsbereich Tollstraße/Beckumer Straße/Böckenfördeweg zu sprechen und möchte wissen, warum an der Stelle keine zusätzlichen Geschwindigkeitsbegrenzungen angeordnet, sondern ein blickdichter Zaun errichtet worden sei. Er schlägt vor, zur Verlangsamung des Verkehrs diagonal angeordnete Schwellen an beiden Enden bzw. Anfängen der Tollstraße zu installieren wie beispielweise in der Straße „Zur Marburg“.

Herr Griesedieck erläutert, dass noch weitergehende Geschwindigkeitsbegrenzungen an der Stelle nicht zum Ziel geführt hätten, da die Unfälle häufig auf menschliches Versagen zurückzuführen seien. Die Unfallkommission hätte die Errichtung eines blickdichten Zaunes als sehr geeignetes Mittel eingestuft, um die Sicht in die Beckumer Straße deutlich einzuschränken und damit die Geschwindigkeit der Fahrzeuge zu verlangsamen. Diese Maßnahme sei keineswegs ein Einzelfall und man erwarte dadurch eine erhebliche Entschärfung der Kreuzungssituation.

Herr Sonneborn teilt mit, dass vielen Verkehrsteilnehmern die Bedeutung der zwei nacheinander stehenden Stopp-Schilder nicht klar sei, dass sie zunächst an dem kreuzenden Radweg und erneut an der Straße selbst anhalten müssen. Herr Griesedieck teilt mit, dass allenfalls das Stopp-Schild direkt an der Straße entfallen könne, sich die Unfallkommission nach Abwägung aller Argumente aber bewusst für die doppelte Stopp-Regelung ausgesprochen habe.

Es würden jedoch weitere Analysen zu dem Kreuzungsbereich Tollstraße / Wadersloher Straße stattfinden und mögliche Maßnahmen in Zusammenarbeit mit der Unfallkommission des Kreises Warendorf geprüft. Über die Ergebnisse werde in der nächsten Sitzung berichtet.

Herr Griesedieck stellt dann noch anhand der Folie Nr. 9 der als Anlage beigefügten Sitzungspräsentation die Ergebnisse der Verkehrsmessungen am Ortseingang Strombergs, Wadersloher Straße vor:

1. Verdeckte Verkehrsmessung im Zeitraum 07.09.-21.09.2022

- V85: 64 km/h – deutlich zu hohe Geschwindigkeiten.

Aufgrund dessen fand eine verstärkte Geschwindigkeitsüberwachung durch den Kreis Warendorf statt, die im weiteren Verlauf aber gemindert wurde.

2. Verdeckte Verkehrsmessung im Zeitraum 26.06.-03.07.2024

- V85: 63 km/h – kaum veränderte Ergebnisse

Die Geschwindigkeitsüberwachung des Kreises Warendorf wurde erneut intensiviert. Darüber hinaus führte die Kreispolizeibehörde zusätzliche Geschwindigkeitsüberwachungen durch und es wurde ein Dialog-Display installiert. Damit konnte die Einhaltung von Tempo 50 an der Stelle nahezu vollständig erreicht werden.

Bauliche Maßnahmen, wie der Einbau einer Verkehrsinsel oder Schwellen sei nach Prüfung durch den Kreis Warendorf nicht umsetzbar, so Herr Griesedieck.

Beschluss

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt die Ausführungen zur Unfalllage an der Kreuzung Wadersloher Straße K 14 / Tollstraße / Cöllentrup K55 und zu den geplanten baulichen und verkehrsregelnden Maßnahmen zur Kenntnis.

3. Schaffung von öffentlichem Parkraum in Oelde und Stromberg – Aufhebung des Sperrvermerkes und Freigabe einer Maßnahme B 2024/661/5842

Herr Reinhold Becker führt aus:

Um bei sich bietender Gelegenheit weiteren Parkraum in Oelde und Stromberg schaffen zu können, wurden für das Jahr 2024 pauschale Haushaltsmittel mit einem Sperrvermerk eingestellt, welche vor Umsetzung freizugeben sind.

In Stromberg konnte zwischenzeitlich eine private Fläche angepachtet werden, auf der übergangsweise durch einfache, zweckdienliche Maßnahmen 10 Parkplätze in wassergebundener Form errichtet werden können. Es handelt sich um die westliche Teilfläche eines aktuell unbebauten Grundstücks zwischen den Gebäuden Münsterstraße 8 und 12.

Die Nutzung des Grundstückes als Parkplatz wurde immissionsschutzrechtlich geprüft. In der Zeit zwischen 06:00 und 22:00 Uhr gibt es diesbezüglich keine Einschränkungen.

Der Eigentümer stellt der Stadt die Fläche mindestens bis zum Ende des Jahres 2025 zur Verfügung. Danach hat er die Möglichkeit, das Grundstück einer Bebauung zuzuführen.

Die Verwaltung möchte in der Zeit eruieren, ob tatsächlich weiterer Parkraum in Stromberg erforderlich ist und wie dieser angenommen wird.

Haushaltsmittel stehen im Haushaltsjahr 2024 in folgender Höhe zur Verfügung:

Maßnahme 5128 („Schaffung von weiterem Parkraum im Bereich Innenstadt Oelde und Stromberg“), Sachkonto 12.01.01/5128.7852001

Ansatz 2024: 90.000 EUR; davon ca. 20.000 bis 25.000 Euro für die Maßnahme in Stromberg auf dem hier in Rede stehenden Grundstück, um handlungsfähig und flexibel zu sein.

Die Parkfläche soll auf Wunsch der Ausschussmitglieder als blaue Zone ausgewiesen werden (Parkdauer max. 2 Stunden in der Zeit von 09:00 Uhr bis 18:00 Uhr. Grundsätzlich ist das Parken in der Zeit von 06:00 Uhr bis 21:00 Uhr dort möglich.

Beschluss zur Aufhebung des Sperrvermerks und Freigabe der Maßnahme zur Schaffung von öffentlichem Parkraum im Bereich der Münsterstraße in Stromberg:

Der Bezirksausschuss Stromberg empfiehlt dem Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung beschließt die Aufhebung des Sperrvermerkes bei dem Sachkonto 12.01.01/5128.7852001 (Maßnahme 5128 „Schaffung von weiterem Parkraum im Bereich Innenstadt Oelde und Stromberg“, Haushaltsansatz 90.000 €) und die Freigabe der Maßnahme zur Schaffung von öffentlichem Parkraum im Bereich der Münsterstraße in Stromberg.

Herr Reen kommt zu dem Tagesordnungspunkt „Schaffung von öffentlichem Parkraum in Oelde und Stromberg“ auch auf die Fläche „Hagengarten“ zu sprechen, für die der Bezirksausschuss Stromberg in der Vergangenheit mehrheitlich die Nutzung als öffentlichen Parkplatz gefordert habe. Herr Reen blickt kurz auf die Historie und auf verschiedene Erörterungstermine zurück und auch auf Gespräche, die die Bürgermeisterin mit übergeordneten Behörden in der Sache geführt habe. Sofern die Fläche „Hagengarten“ als öffentliche Stellplatzfläche genutzt werden solle, sei zwingend die Durchführung eines Bauleitplanverfahrens mit Beteiligung der Träger öffentlicher Belange und Beteiligung der Öffentlichkeit durchzuführen. Dazu sei vorab ein entsprechender Antrag zu stellen.

Herr Sonneborn stellt im Namen der CDU-Fraktion den Antrag auf Entscheidung über die Einleitung des entsprechenden Bauleitplanverfahrens für die Fläche „Hagengarten“. Herr Reckmann verwehrt sich gegen diese Vorgehensweise, da zu einer derartigen Entscheidung die Tagesordnung um den Punkt „Nutzung der Fläche Hagengarten“ hätte erweitert werden müssen. Er habe den Eindruck, es solle nun durch eine Hintertür eine Entscheidung herbeigeführt werden. Er werde die Angelegenheit gegebenenfalls rechtlich überprüfen lassen.

Da Fraktionen zu Tagesordnungspunkten Anträge stellen können und die Fläche „Hagengarten“ unter die zu beratende Thematik „Schaffung von öffentlichem Parkraum in Oelde und Stromberg“ gehöre, stellt der Vorsitzende den Antrag der CDU-Fraktion zur Abstimmung.

(Nachrichtlich: § 15 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oelde „Anträge zur Sache“; analog anzuwenden auf die Sitzungen der Ausschüsse § 26 der Geschäftsordnung).

Beschluss zur Einleitung eines Bauleitplanverfahrens für die Fläche „Hagengarten“ (Schaffung von öffentlichen Stellplätzen):

Der Bezirksausschuss Stromberg empfiehlt dem Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung mehrheitlich bei 11 Ja-Stimmen und 6 Gegenstimmen folgende Beschlussfassung:

Der Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde die Einleitung eines Bauleitplanverfahrens zur Schaffung von öffentlichen Stellplätzen auf der Fläche „Hagengarten“ zu beschließen.

4. Sachstandsbericht über die Umsetzung von Maßnahmen des Entwicklungskonzeptes Zukunft Stromberg M 2024/011/5836

Herr Kaup verweist auf das Ergebnisprotokoll über die Sitzung der Koordinierungsgruppe zur Begleitung des „Entwicklungskonzeptes Zukunft Stromberg“ vom 21. August 2024. Das Protokoll ist dieser Sitzungsniederschrift als Anlage beigefügt.

Herr Reckmann erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob die Planungskosten zur Umsetzung der Maßnahmen „Attraktivierung der Freizeitanlagen im Gaßbachtal Stromberg“ (sh. TOP 2 der Bezirksausschusssitzung am 16.04.2024) für den städtischen Haushalt 2025 bereits gemeldet bzw. eingestellt seien. Dies verneint die Verwaltung. Frau Westenhorst weist darauf hin, dass die Fraktionen den Antrag auf Einstellung entsprechender Kosten in die Etatberatungen einbringen müssten.

Daraufhin beantragt Herr Reckmann, die Einstellung von 50.000 Euro Planungskosten zur Umsetzung der Maßnahmen „Attraktivierung der Freizeitanlagen im Gaßbachtal Stromberg“ für das Haushaltjahr 2025.

Dem Antrag stimmt der Bezirksausschuss Stromberg einstimmig zu. Frau Westenhorst sagt zu, den Antrag innerhalb der Verwaltung weiterzuleiten. Gleichwohl müssten die Fraktionen den Antrag in die Etatberatungen einbringen.

Beschluss

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt Kenntnis.

5. Bericht des Bezirksausschussvorsitzenden

Der Vorsitzende weist ergänzend zum Tagesordnungspunkt 4 auf anstehende und möglicherweise anzuberaumenden Termine für das Jahr 2025 hin, wie beispielweise ein mögliches Dorffest in 2025 und das evtl. wiederzubelebende Osterfeuer auf dem Amtsplatz und die Maibaumaufstellung. Herr Kaup teilt mit, dass in 2025 verschiedene Stromberger Jubiläen anstünden wie 100 Jahre Burgbühne Stromberg, 175 Jahre Chor „TonArt-MGV Liedertafel Stromberg und auch 50 Jahre Bezirksausschuss Stromberg.

Beschluss

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt Kenntnis.

6. Verwendung der Verfügungsmittel

Der Vorsitzende teilt mit, dass dem Bezirksausschuss Stromberg noch 3.500,96 Euro zur Verfügung stehen. Über die Verwendung werde im Laufe des Jahres weiter entschieden, insbesondere mit Blick auf zu erwartende Kostenübernahmen für die Weihnachtsbaumbeschaffung, für das ehrenamtliche Helfertreffen und ggfls. zur Finanzierung von Projekten aus dem Entwicklungskonzept Zukunft Stromberg.

Herr Westbrock fragt an, ob aus den Verfügungsmitteln wie im vergangenen Jahr die erforderliche Haftpflichtversicherung für den Stromberger Weihnachtsmarkt 2024 gezahlt werden könne.

Herr Josef Becker erkundigt sich in diesem Zusammenhang, ob auch der Versicherungsbeitrag für den Stromberger Pflaumenmarkt 2024 übernommen werden könne.

Beschluss

Der Bezirksausschuss Stromberg stimmt der Verwendung von Verfügungsmitteln für die erforderlichen Versicherungen zur Veranstaltung des Pflaumenmarktes und des Stromberger Weihnachtsmarktes einstimmig zu.

7. Verschiedenes

7.1. Mitteilungen der Verwaltung

Die Verwaltung beantwortet die im Vorfeld zur Sitzung eingegangenen Fragen wie folgt:

Sachstand zu Gewerbe- und Wohngebieten (Vermarktung, Entwicklungen):

Herr Reen teilt mit, dass aktuell lediglich im Gewerbegebiet A2 Restflächen für gewerbliche Zwecke zur Verfügung stehen. In Stromberg können keine Gewerbeflächen vergeben werden; mit Blick auf die Planungen für das Grundstück der ehem. Betriebsstätte der Firma Hummelt und Knoop „Quartier Oelder Tor“ (sh. Sitzung des Bezirksausschusses Stromberg am 20.00.2024) würden aktuell auch keine weiteren gewerblichen Flächen geplant.

Hinsichtlich der Ausweisung neuer Baugebiete verweist Herr Reen auf die vom Rat der Stadt Oelde beschlossene Rangfolge, wonach sich aktuell das Baugebiet „Weitkamp II“ in der Ausführung befinde; folgen würden dann die Bauleitplanverfahren für Stromberg (südlich Up'n Dauden) und dann für Lette.

Herr Reen weist in diesem Zusammenhang auch auf die Auswirkungen der Änderungen des Regionalplans Münsterland hin.

Auszug aus der Sitzungsvorlage 55. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Oelde (Flächenrücknahme):

Im Zuge der Änderung des Regionalplans Münsterland wurde der Wohnflächenbedarf, welcher der Stadt Oelde zur wohnbaulichen Entwicklung zukünftig zugestanden wird, drastisch verringert. Da der zugestandene Bedarf bereits fast gänzlich durch bereits ausgewiesene „Wohnbauflächen“, welche aber nicht als solche genutzt werden und auch nicht in naher Zukunft als solche entwickelt werden sollen, aufgebraucht wird, sind im Vorfeld angedachter „neuer“ Wohnbauflächenausweisungen zunächst nicht genutzte „Wohnbauflächen“ aus dem Flächennutzungsplan zurückzunehmen.

In einem ersten Schritt wurde durch die 52. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde der Flächennutzungsplan dahingehend geändert, dass zwei als „Wohnbaufläche“ ausgewiesene Flächen zukünftig als „Fläche für die Landwirtschaft“ dargestellt werden; der Umfang der Wohnbauflächenrücknahme richtete sich dabei nach den konkreten Flächenbedarfen sowie aktuellen Planungsabsichten. In einem zweiten Schritt sollen nun weitere „Wohnbauflächen“, zusätzlich zudem „Gemischte Bauflächen“, für die keine konkreten Nutzungsperspektiven bestehen und eine Bebauung durch einen Bebauungsplan nicht planungsrechtlich abgesichert wird, überplant und neu dargestellt werden. Eine jetzige Bebauung ist daher, mit Ausnahme der dem Innenbereich zuzuordnenden Flächen, nicht möglich:

- *Der Teilbereich Lette liegt im Süden (südl. der Boddestraße) der Ortschaft, umfasst etwa 0,76 ha und wird überwiegend landwirtschaftlich genutzt.*
- *Der Teilbereich Oelde ist im Osten von Oelde verortet und umfasst etwa 2,18 ha. Die Fläche liegt südlich der Wiedenbrücker Straße, angedacht war die landwirtschaftliche Nutzfläche als nördliche Erweiterung des Neubaugebietes „Weitkamp II“.*
- *Der **Teilbereich Stromberg 1** befindet sich zentral im Ortsteil Stromberg (Oelder Tor). Die 0,34 ha große Fläche ist mit großkronigem Baumbestand bewachsen, eine Bebauung auch vor diesem Hintergrund nicht angedacht.*
- *Der **Teilbereich Stromberg 2** befindet sich im Nordosten Strombergs, nördlich der Straße Im Ketzeln, umfasst ca. 1,52 ha und wird ackerbaulich oder als Grünland genutzt.*
- ***Der Teilbereich Stromberg 3**, südlich der Beckumer Straße gelegen, erfährt ebenfalls eine landwirtschaftliche Nutzung und weist eine Flächengröße von etwa 2,23 ha auf.*
- *Der landwirtschaftlich genutzte Teilbereich Sünninghausen 1 liegt im Osten des Ortsteils. Die ca. 0,70 ha große Fläche wird im Norden durch die Straße Auf der Höhe begrenzt.*
- *Der Teilbereich Sünninghausen 2, auch im Osten des Ortsteils gelegen (östlich des Finkenweges), hat eine Größe von 0,69 ha und wird landwirtschaftlich sowie als Grünland bzw. Garten genutzt.*

Sachstand zum ehemaligen Bröcker-Gelände

Der Landesentwicklungsplan, nach dem auf dem ehemaligen Bröcker-Gelände eine selbständige Gewerbeentwicklung im Außenbereich möglich gewesen wäre, wurde vom Bund für Umwelt- und Naturschutz Deutschland erfolgreich beklagt, was auch aufgrund der geltenden Rechtsprechung die Nichtigkeit des Landesentwicklungsplans zur Folge hat. Somit ist aktuell auf dem Außenbereichsgrundstück keine gewerbliche Nutzung möglich.

Nutzung der ehem. Gaststätte Waldeslust

Der Verwaltung liegt kein Antrag auf Nutzungsänderung o. ä. und auch keine Anfrage dazu vor. Herr Wiesch bittet hier um Kontaktaufnahme mit den Eigentümern und ggfls. Unterstützung für eine weitere gastronomische Nutzung.

Sachstand Serpentineweg Gaßbachtal

Die Maßnahme ist lt. Herrn Reinhold Becker abgeschlossen. Der Radweg am oberen Ende des Serpentineweges solle nicht per Beschilderung durch das neue Baugebiet geführt werden, sondern im Verlauf so bleiben. In einem Gespräch mit einem Vertreter von Münsterland e. V. sei von dort bekräftigt worden, dass der Verlauf des Radweges sich im Radwegenetz genauso etabliert habe.

Mängelmeldungen - Glasfaserschäden

Alle aktuell über den Mängelmelder mitgeteilte Sachverhalte sind insgesamt geklärt oder in der Bearbeitung. Auch alle aufgetretenen und gemeldeten Glasfaserschäden seien behoben oder befänden sich in der Abschlussphase.

Herr Maas ergänzt auf Nachfrage, dass die Verlegung mehrerer verschiedener Versorgungsleitungen aus versicherungstechnischen Gründen nicht zusammen in einer Baumaßnahme verlegt werden können.

Belegung der Flüchtlingsunterkunft

In Stromberg sind aktuell 30 Personen untergebracht. Es sind keine Vorfälle, Beschwerden oder bauliche Mängel zu verzeichnen. Herr Kaup betont in diesem Zusammenhang, dass das gute Miteinander auch ein besonderer Verdienst der Stromberger Ehrenamtler im Bereich Flüchtlingshilfe zu verdanken sei. Der Dank der Ausschussmitglieder richtet sich aber ebenso an die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, die an dieser Stelle wertvolle Arbeit leisten würden.

Kindergartenbedarfsplanung für den Ortsteil Stromberg – Sachstand Erweiterungsbau Kita Heilig-Kreuz

Zu der Anfrage wird vollinhaltlich auf die Vorlage zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses der Stadt Oelde am 04. September 2024 verwiesen (sh. Anlage zur Niederschrift). Demnach haben vier Kinder aus Stromberg momentan noch keinen Kita-Platz. Die Verwaltung sei bemüht, alle Kinder mit einem Platz zu versorgen. Es können erfahrungsgemäß immer noch Plätze beispielsweise durch Wegzüge von Oelde angeboten werden. Weitere 16 Ü 3 Plätze können mit der Inbetriebnahme der Wald-Kita- Oelde am Sudbergweg voraussichtlich ab Oktober 2024 zusätzlich angeboten werden.

Die katholische Kirchengemeinde und das Bistum Münster haben im Juni 2024 von einer Erweiterung der Kita Heilig Kreuz am Standort auf dem Burgberg Abstand genommen. Priorisiert werde nun ein Neubau an anderer Stelle, die Planungen befänden sich jedoch ganz am Anfang.

In einem Gebäude in der Speckenstraße wurde in einer Etage eine Kindertagespflege mit neun Plätzen in Betrieb genommen; im ersten Jahr soll diese für die Betreuung von Kindern über drei Jahren genutzt werden. Aktuell hat die Stadt Oelde von der Kirche einen Raum im Mallinckrodthaus angemietet, um die Kinder dort im Monat September betreuen zu können, da es bei der Schaffung eines zweiten Rettungsweges für die Kindertagespflege in der Speckenstraße eine kleine Verzögerung gegeben habe.

Sachstand Baufortschritt und Kostenrahmen Sanierung Georgskapelle

Sh. Protokollierung zum Tagesordnungspunkt 1 „Einwohnerfragestunde“ und Folien Nummer 19 bis 21 der beigefügten Sitzungspräsentation). Die Fertigstellung der Maßnahme ist für Ende September 2024 geplant, der Kostenrahmen in Höhe von 300.000 € wurde eingehalten, davon werden 50.000 € durch Landesmittel gefördert.

Herr Strothmeier schlägt vor, mit dem Bezirksausschuss Stromberg nach Abschluss der Sanierungsarbeiten eine Besichtigung der Kapelle mit entsprechenden Hintergrundinformationen durchzuführen. Die Verwaltung sagt einen Ortstermin zu.

Neubau Vereinsheim Germania Stromberg

Die Pläne für den Neubau liegen dem Bauordnungsamt vor, nach Erteilung der Baugenehmigung kann mit dem Bau begonnen werden. Das Bestandsgebäude bleibt vorläufig unverändert, auch aufgrund bestehender Mietverträge.

Sachstand Pflegewohnprojekt Stromberg

Nach wie vor wird der Investor zunächst das gleichgelagerte Projekt in Lette fertigstellen und dann das Pflegewohnheim in Stromberg errichten. Gegenwärtig ist der Betreiber für beide Objekte abgesprungen, der Investor arbeitet intensiv an einer Lösung und führt konstruktive Gespräche. Eine aktuelle Rückmeldung steht dazu vom Investor noch aus.

Brunnenanlage auf dem Marktplatz

Aufgrund eines Personalwechsels wurde in diesem Jahr schlichtweg versäumt, die Brunnenanlage warten und in Betrieb nehmen zu lassen.

Parkplatzsituation an der Münsterstraße im Bereich der Post

Es wurden zwei Stellplätze als E-Lade-Parkplätze ausgewiesen. Diese sind damit nicht entfallen, sondern stehen E-Fahrzeugen zum Parken zur Verfügung. Es sei politischer und gesellschaftlicher Wille, eine entsprechende Infrastruktur für E-Mobilität zu schaffen.

Sachstand Netto-Gelände

Das erforderliche Bauleitplanverfahren laufe; Änderungen des Investors sind in der Abstimmung, das Einzelhandelskonzept wurde angepasst.

Die Anfrage von Grundstückseigentümern auf eine mögliche Bebauung der angrenzenden Grünflächen am Fußweg Hang oberes Gaßbachtal verzögert nicht das Bauleitplanverfahren für das Netto-Gelände. Es werde zunächst das Planverfahren „Netto-Markt“ durchgeführt (Beschluss zur Offenlage voraussichtlich Dezember 2024; Satzungsbeschluss in 2025) und im Anschluss das Verfahren zur Bebauung der Gartengrundstücke eingeleitet.

Weiterführung des Radweges von Langenberg nach Stromberg

Der Kreis Warendorf hat die Anfrage im April 2024 negativ beschieden, da bereits andere Radwege bzw. Nutzungsmöglichkeiten vorhanden sind.

Dornranken im Wegebereich Gaßbachtal

Herr Reinhold Becker weist darauf hin, dass die Brombeerranken zum größten Teil von privaten Grundstücken in die Wege ragen, der Baubetriebshof dürfe hier nicht ohne weiteres tätig werden. Der Sachverhalt wird zur Überprüfung an den Fachdienst für Ordnungswesen weitergeleitet.

Beschluss

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt Kenntnis.

7.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Knop erkundigt sich, ob es möglich sei, die netzlosen Tore des Bolzplatzes im Gaßbachtal mit Netzen zu versehen. Dies bestätigt die Verwaltung.

Frau Krause weist auf eine Verkehrssituation in den Straßen „Lange Wende und Auf dem Felde“ hin. In den Straßen würden verschiedene Anlieger ihre Fahrzeuge auf den Gehwegen parken. Sie bittet die Verwaltung, hier durch direkte Ansprache, zunächst ohne Verwarngeld, Abhilfe zu schaffen.

(Nachrichtlich: Es wurden als erste Maßnahme Anliegerschreiben verteilt).

Ferner bittet Frau Krause um Säuberung der Wertstoffcontainerfläche am Sportplatz, die regelmäßig mit illegalem Müll verschmutzt werde. Dann weist sie noch auf zugewucherte Stellen im Limberger Forst hin. Die Verwaltung sagt entsprechende Überprüfungen zu.

Herr Westbrook bedankt sich für die Aufstellung des Bücherschranks und ermuntert, diesen nun durch das Einstellen von Büchern nutzbar zu machen und zu beleben.

Herr Kalläne berichtet von Hinweisen, die ihn von Eltern und Erzieherinnen zum Spielplatz im Gaßbachtal erreicht hätten. Zum einen seien die Sitze der Rondellschaukel in einem sehr schlechten Zustand, zum anderen sei es schwer, die Kinder auf dem Sitz der Seilrutsche zu platzieren, da die Treppe zu eng sei. Herr Reinhold Becker sagt eine Überprüfung zu.

Herr Grünebaum weist auf Pflasterschäden im Bereich Münsterstraße-Eingangsbereich zum Gaßbachtal hin. Das Pflaster gehe auseinander und müsse stabilisiert werden. In der Senke falle der Weg ab und bilde Rillen, die für Fahrradfahrer und auch Rollstuhlfahrer eine Gefahr darstellen. Herr Reinhold Becker teilt mit, dass der Baubetriebshof die genannte Stelle beobachte, es handele sich jedoch noch nicht um eine Verkehrsgefährdung. Die Maßnahme stehe auf der Agenda, jedoch nicht prioritär.

Herr Tiemeyer kommt auf die Einführung von Tempo 30 u. a. in der Speckenstraße zu sprechen, zuvor galt dort Tempo 50 und es war eine reine Vorfahrtsstraße. Mit Einführung von Tempo 30 in dem Bereich seien sämtliche Vorfahrt regelnden Beschilderungen entfernt worden. Aus der Stichstraße kommend sei nun die Blockmarkierung und das Schild „rechts vor links“ entfernt worden. Diese Regelung sei bei vielen Verkehrsteilnehmern nicht angekommen. Er sieht hier eine Gefahrenquelle.

Herr Griesedieck erläutert, dass mit der flächendeckenden Einführung von Tempo30-Zonen in Siedlungsbereichen auch sämtliche Vorfahrt regelnden Beschilderungen entfernt worden seien, da diese für solche Zonen nicht vorgesehen sind. Es solle grundsätzlich „rechts vor links“ gelten. Aus der Stichstraße kommend stand bis vor ca. zwei Jahren das Zeichen „Vorfahrt gewähren“. Es wurde vermutlich vergessen, dies zu entfernen, so Herr Griesedieck.

Folglich habe man warten müssen, wenn man aus der Stichstraße kam, aufgrund der rechts-vor-links-Regelung aber auch, wenn man von Westen aus der Speckenstraße angefahren kam. Da dies eine widersprüchliche Verkehrsregelung gewesen sei, wurde das Schild und die ebenfalls noch vorhandene Blockmarkierung entfernt. Somit gilt nun aus beiden Richtungen „rechts vor links“.

Herr Tiemeyer hält die Aufstellung eine Beschilderung „Kreuzung oder Einmündung“ für sinnvoll, um den Verkehrsteilnehmern die Vorfahrtregelung deutlich zu machen. Alternativ sei es auch möglich, das vorhandene Schild der anderen Einmündung einfach zu versetzen, da es dort wohl allen bekannt sei.

Herr Griesedieck führt aus, dass der „neue“ Einmündungsbereich gut erkennbar sei und die Verwaltung sich entschieden habe, die Kreuzung temporär für ca. zwei Monate zu beschildern und das Schild dann wieder zu entfernen. Denn der Grundsatz heiße „So viele Schilder wie nötig, aber so wenig wie möglich“. Je mehr Schilder im Straßenraum stehen würden, desto geringer sei die Akzeptanz.

Beschluss

Der Bezirksausschuss Stromberg nimmt Kenntnis.

gez. Winfried Kaup
Ausschussvorsitzender

gez. Andrea Westenhorst
Schriftführerin